

Soziale Marktwirtschaft und "Wirtschaftswunder" im bundesdeutschen Berufsfußball der 1950er und 1960er Jahre?

Havemann, Nils

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Havemann, N. (2015). Soziale Marktwirtschaft und "Wirtschaftswunder" im bundesdeutschen Berufsfußball der 1950er und 1960er Jahre? *Historical Social Research*, 40(4), 209-220. <https://doi.org/10.12759/hsr.40.2015.4.209-220>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Soziale Marktwirtschaft und „Wirtschaftswunder“ im bundesdeutschen Berufsfußball der 1950er und 1960er Jahre?

Nils Havemann*

Abstract: »Social Market Economy and Economic Miracles in Professional German Football in the 1950s and 1960s?«. For more than fifty years now the Bundesliga is an important part of German sporting and cultural life and identity. Yet there are voices who harshly criticize the growing trend of commercialization which allegedly tends to undermine the true sporting nature of the game. The author points out that there is no need at all to be nostalgic about the assumed "good old days" of German football. In fact, the first years of the Bundesliga were characterized by dubious economic practices: While the German Football Association officially stuck to the ideal of amateurism, a shadow economy was flourishing around the clubs and its players. This insincerity and corruption became a burden especially for the involved communities. In contrast to that, the article argues, the often demonized period of neo-liberalism, with its final take-off since the 1990s, has given Bundesliga clubs the opportunity to create a highly professional profile and management – a development that goes to the benefit not only of sport itself but also to its social and cultural surroundings.

Keywords: Bundesliga, professional football, club football, West Germany, neo-liberalism, corruption.

1. Einleitung

Die Stadien der Ersten und der Zweiten Bundesliga sind Woche für Woche Schauplätze eines Kulturkampfes, der in seiner Härte und Unerbittlichkeit neue Dimensionen angenommen zu haben scheint. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht die Frage, ob der Kommerzialisierung des professionellen Fußballsports nicht endlich Einhalt in Form von Beschränkungen bei der Werbung, Obergrenzen bei den Spielergehältern oder der gezielten Pflege traditioneller Fankulturen geboten werden müsse. Die Überzeugung, dass das Geld den ursprünglichen ideellen Kern des Spiels längst zerfressen hat, wird durch immer neue Schlagzeilen über den Verdacht von Korruption bei den großen

* Nils Havemann, Department of Modern History, School of History, University of Stuttgart, Keplerstr. 17, 70174 Stuttgart, Germany; nilshavemann@aol.com.

Fußballverbänden, von „schwarzen“ Kassen oder Steuerhinterziehungen genährt. In Fankurven sind Schilder zu sehen mit Aufschriften, die sich gegen den „modernen Fußball“ wenden. Nicht zuletzt Clubs wie die TSG Hoffenheim, der VfL Wolfsburg oder RB Leipzig sind Zielscheibe von Wutfans, aber auch von Managern „alter Traditionsvereine“ geworden, die beklagen, dass einzelne Großinvestoren angeblich in der Lage seien, den sportlichen Wettbewerb mit ihrem Geld zu verfälschen. Wollte man diese Kritik in wenigen Worten zusammenfassen: Der „Neoliberalismus“ – die Schreckensideologie hinter dem „totalen Markt“, hinter der „Globalisierung“ und hinter vielen „sozialen Ungerechtigkeiten“ in der Gesellschaft¹ – droht trotz der heftigen Gegenwehr der „echten“ Fans den deutschen Berufsfußball zu zerstören (vgl. dazu u.a. Hebenstreit 2011, 99).

Eine genauere Betrachtung der Verhältnisse im bundesdeutschen Spitzenfußball der 1950er und 1960er Jahre schärft den Blick dafür, dass es keinen Grund gibt, sich versonnen nach früheren Zeiten zurückzusehen. Der wirtschaftliche Rahmen des Fußballs von damals war das Gegenteil von dem, was sich viele Nostalgiker heute darunter vorstellen: Infolge staatlicher Regulierungen und Einmischungen in den Wettbewerb neigte er weitaus mehr als in der Gegenwart zur finanziellen Maßlosigkeit, Verschwendung und Wirtschaftskriminalität.

2. Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik bis Anfang der 1970er Jahre

Die Verklärung der „guten, alten Zeiten“ hat im Zusammenhang mit der Kommerzialisierung des Fußballs auch damit zu tun, dass die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland der 1950er und der frühen 1960er Jahre nicht mit dem Begriff des Neoliberalismus, sondern der Sozialen Marktwirtschaft assoziiert wird. Soziale Marktwirtschaft ist im Gegensatz zum Neoliberalismus ein positiv besetzter Begriff: Mit ihm werden die Zeit des „Wirtschaftswunders“, soziale Gerechtigkeit, politische Stabilität, gezügeltes Gewinnstreben und sozialer Friede verbunden (Klein 1991, 52 et seq.). Dabei wird oft vergessen, dass die geistigen Väter der viel gerühmten Sozialen Marktwirtschaft, unter ihnen Franz Böhm, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Ludwig Erhard, selbst Neoliberale waren (vgl. dazu im Detail: Hegner 2000, 7 et seq.).

Tatsächlich handelte es sich bei der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der jungen Bundesrepublik herausbildete, um ein gedanklich äußerst vages Konstrukt, das ihre Theoretiker nicht bis ins letzte Detail hinein einheitlich definierten. Sie verbanden damit ein

¹ Als Beispiel für die unsachliche Kritik am „Neoliberalismus“, die grundlegende volkswirtschaftliche Zusammenhänge ausblendet: Butterwegge, Lösch und Ptak (2008).

marktwirtschaftliches System, das durch die Beimischung staatlicher Steuerungselemente sowie durch die Berücksichtigung sozialer Aspekte eine Rückkehr zum schrecklichen Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts verhindern sollte: auf der einen Seite Garantie des Privateigentums, Förderung des Wettbewerbs, offener Marktzugang, Vertrags-, Gewerbe- und Konsumfreiheit sowie Anerkennung von Marktmechanismen – auf der anderen Seite eine staatliche Ordnungspolitik, lenkende Eingriffe zur Verwirklichung sozialer Ziele und Sozialbindung des Eigentums. Aus der Idee der Sozialen Marktwirtschaft schimmerte unübersehbar ein starkes Bedürfnis nach Kompromiss und Harmonie hervor. Und in der Tat gehört der so genannte Korporatismus – organisatorische Verflechtungen, konsensorientierte Entscheidungen und die Einbindung von Verbänden in die staatliche Handlungssphäre – zu den zentralen Merkmalen der Sozialen Marktwirtschaft (vgl. Braun und Backhaus-Maul 2010, 32 et seq.). Indes wurde darunter keine Laissez-Faire-Haltung verstanden, die dadurch gekennzeichnet wäre, dass der Staat – das System der öffentlichen Institutionen und ihrer Repräsentanten zur Regelung der Angelegenheiten eines Gemeinwesens – sich vollständig aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb zurückzieht und keine Maßnahmen zur Linderung sozialer Härten ergreift. Soziale Marktwirtschaft behauptet auch nicht, dass Marktteilnehmer immer klug im Sinne von nachhaltig wirtschaften. Ebenso wenig verspricht sie, dass sich alle an Recht und Gesetz halten. Wohl aber kennt sie das Prinzip der so genannten „accountability“ (vgl. hierzu Solomon 2007), das unter anderem besagt, dass jeder Marktteilnehmer die Konsequenzen seiner Handlungen sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf rechtlichem Gebiet zu tragen hat. Richtig ist aber auch, dass bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, einen staatlichen Ordnungsrahmen zu schaffen und für einen Ausgleich zwischen den „Starken“ und den „Schwachen“ der Gesellschaft zu sorgen, die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft vorrangig Wert auf Eigenverantwortung und Selbstvorsorge legten. Sie bevorzugten einen Staat, der nicht gegen den Markt, sondern für den Markt lenkende Eingriffe unternimmt und sich auf eine Grundsicherung und auf Mindestbedingungen beschränkt (vgl. u.a. Schlecht 2005, 340 et seq.; Mierzejewski 2005, 58 et seq.; Heusgen 1981, 171 et seq.; als erste Schneise in dem Dickicht an Veröffentlichungen über die Soziale Marktwirtschaft sh. Starbatty 1996, 63 et seq.).

Die wirtschaftspolitische Realität der Bundesrepublik begann sich indes schon Ende der 1950er Jahre zu wandeln und von jenem Ideal zu entfernen, das den Vordenkern der Sozialen Marktwirtschaft vorgeschwebt hatte. Schon damals wurde in vielen Bereichen – im Bergbau, in der Landwirtschaft, im Wohnungsbau, in Teilen des Verkehrswesens, im Kapitalbildungsprozess – ein grundlegendes Prinzip der Marktwirtschaftslehre außer Kraft gesetzt: die Verknüpfung von Gewinnaussicht und Verlustrisiko. Zum Vorschein kam das notorische Bestreben, Profite zu privatisieren und die finanziellen Folgen von Fehlkalkulationen zu sozialisieren (vgl. Abelshauser 1979, 442 et seq.). Überdies entschied sich bereits die Adenauer-Regierung dazu, den Weg des großzü-

gigen Distribuentenstaates zu beschreiten und möglichst alle an den Segnungen des Sozialstaates teilhaben zu lassen (vgl. Hockerts 2011, 67 et seq.). Zwar nahmen unter Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard die Maßhalteappelle zu, aber der einst als „Vater des Wirtschaftswunders“ gefeierte Bundeskanzler bekam leidvoll zu spüren, dass selbst der beliebteste Politiker rasch an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, sobald er gewohnte oder versprochene Zuwendungen anzutasten wagte. Erhards Stern verblasste nach seinem Wahlsieg vom September 1965, als er Leistungsgesetze einzuschränken und mit einem Sparprogramm sowie einem Haushaltssicherungsgesetz den stärker als das Sozialprodukt gestiegenen Staatsausgaben Einhalt zu bieten versuchte. Die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger trieb hingegen den Ausbau des Sozialstaates voran (vgl. Morsey 2007, 73, 92 et seq., 110). Die Regierung Brandt läutete ab 1969 schließlich eine Zeit ein, die als die Phase der größten Beschleunigung wohlfahrtsstaatlicher Expansion in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen sollte (vgl. Hockerts 1990, 40).

Hatte sich die Staatsquote (das Verhältnis der Staatsausgaben zum Sozialprodukt) bis Anfang der 1960er Jahre zwischen 30 bis 35 Prozent bewegt, so marschierte sie Anfang der 1970er Jahre stramm auf die 50-Prozent-Marke zu. Und die öffentlichen Schulden allein des Bundes explodierten bis 1975 auf über 107 Milliarden DM – Geld, das überwiegend für konsumtive Zwecke verbraucht worden war und daher zu Lasten nachfolgender Generationen ging, deren finanzielle Handlungsspielräume eingeengt wurden.² All dies hatte aber noch einen weiteren hohen Preis: Das einst gefeierte „Wirtschaftswunder“ war endgültig an sein Ende gekommen. Wenngleich es falsch wäre, den ausufernden Sozialstaat allein dafür verantwortlich zu machen, dass die hohen Wachstumsraten, die Vollbeschäftigung und die niedrige Inflation, die in den 1950er und frühen 1960er Jahren den raschen Wiederaufbau des Landes gekennzeichnet hatten, nun der Vergangenheit angehörten, so hegen Volkswirte kaum einen Zweifel daran, dass eine zu hohe Staatsquote und ausufernde Staatsschulden jegliche konjunkturelle Dynamik ersticken (vgl. u.a. Koch 2014, 78 et seq.; Caner, Grennes und Koehler-Geib 2010; Obinger 2004, 49 et seq.). So bedurfte es mit der Ölkrise 1973 lediglich eines weiteren externen Schocks, um die Bundesrepublik in ihre erste tiefe Rezession zu stürzen. Sie läutete das Ende der generösen Reformpolitik ein, weil der sozialliberalen Regierung dämmerte, dass ihr für eine Fortsetzung ihres Kurses das Geld ausging. Die Einnahmen aus Steuern und Abgaben sprudelten nicht mehr: 1974 gab es kein Wachstum, 1975 ging das Bruttozialprodukt sogar um 1,1 Prozent zurück, die Anzahl der Betriebe ab 10 Beschäftigten sank zwischen 1970 und 1975 von rund 56.000 auf weniger als 53.000 (vgl. die Zahlen bei Wolfrum 2005, 594 et seq.).

² Die Diskussion über die Folgen hoher Staatsverschuldung ist weitaus komplexer als dies hier dargestellt werden kann; vgl. dazu im Detail u.a. Wellisch (2014).

Schließlich kletterte im Januar 1975 die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik über die Schockgrenze von einer Million.

In der Bundesrepublik leitete die Erschütterung über zahllose Firmenpleiten, steigende Arbeitslosigkeit und aus dem Ruder laufende Staatsausgaben die Rückkehr in die Wirklichkeit ein. Die pragmatischen Politiker, die es in der SPD und FDP nicht minder gab als in der CDU und CSU, erkannten, dass der Staat seine Ausgaben herunterfahren musste. Eine Phase der „Reformökonomie“ setzte ein, die darauf hinauslief, nur noch Gesetze zu machen, die nichts kosteten (vgl. Wolfrum 2005, 408 et seq.). Der überraschende Rücktritt Willy Brandts im Mai 1974 und die Wahl des Diplomvolkswirtes Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler signalisierten die Wende zu einer rationaleren Wirtschaftspolitik, die unter dem Begriff „Krisenmanagement“ in die Geschichte einging.

3. Soziale Marktwirtschaft im bundesdeutschen Berufsfußball bis Anfang der 1970er Jahre?

Die Marktordnung und die wirtschaftliche Entwicklung des bundesdeutschen Profifußballs weisen viele verblüffende Parallelen zu den skizzierten Entwicklungen in der Bundesrepublik auf – mit einem sehr wichtigen Unterschied: Soziale Marktwirtschaft und ein entsprechendes „Wirtschaftswunder“, das mit gesunden Etats einhergegangen wäre, hat es im bundesdeutschen Profifußball selbst in den 1950er Jahren nicht gegeben.

Wie wir mittlerweile wissen, konnten die Topspieler bereits seit den 1920er Jahren entgegen der Legende vom edlen Amateur bisweilen prächtig von ihren Ballkünsten leben. Skandale um „schwarze Kassen“ wie beispielsweise beim FC Schalke 04 oder um illegale Spielergehälter wie etwa für Sepp Herberger verdeutlichen ebenfalls, dass der Fußball zur Zeit der Weimarer Republik ein erhebliches Ausmaß an Wirtschaftskriminalität kannte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik waren die ökonomischen Verwertungsinteressen der Ware Fußball trotz aller Bemühungen, sie schamvoll zu verschleiern, kaum zu übersehen. Das offiziell immer wieder verkündete Leitmotiv blieb zwar der „saubere“, „idealistische“ Sport, der nicht mit dem Streben nach Gewinnen befleckt werden dürfe. In Wirklichkeit aber war das Profitstreben keineswegs gezähmt, sondern hatte sich lediglich in den Bereich der Schattenwirtschaft verlagert, wo die Sponsoren ihre Waren vermarktetten und die besten Ballkünstler weitaus mehr verdienten als Notare, Bankdirektoren oder Chefärzte. Der überraschende Sieg der deutschen Fußballmannschaft über Ungarn im Finale der Weltmeisterschaft 1954 konnte deshalb zu einem „Wunder“ stilisiert werden, weil weite Teile der Bevölkerung gerne daran glaubten, dass der deutsche Fußball – anders als der vermeintlich moralisch diskreditierte Fußball in England, Spanien oder Italien, wo Berufsspieler offiziell erlaubt waren – nicht des Profitums bedurfte, um Spitzenleistungen hervor-

zubringen. Dabei waren die „Helden von Bern“ längst Profis, die ähnlich wie die anderen deutschen Spitzenspieler im Vergleich zum Durchschnittsverdiener glänzende Einkünfte erzielten. Während das offizielle Gehalt, das in den DFB-Statuten festgeschrieben war, in etwa dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers entsprach, wurde der bundesdeutsche Fußballprofi vor allem durch die unterschiedlich hohen illegalen Zahlungen „unter der Hand“ zum Spitzenverdiener (vgl. Havemann 2013, 28 et seq.). Welch große Rolle das Geld schließlich auch zum Startschuss der Bundesliga im Jahre 1963 spielte, ließ sich nicht zuletzt an der Liste der Präsidenten beziehungsweise Vorsitzenden der Vereine ablesen. 13 der 16 Bundesligisten wurden von Kaufleuten, Juristen oder Unternehmern geleitet, die unter anderem dadurch an die Spitze der Clubs gelangt waren, dass sie zumindest den Eindruck erweckten, bei der oft schwierigen Finanzierung des Profibereiches behilflich sein zu können. Markante Persönlichkeiten wie beispielsweise Franz Kremer vom 1. FC Köln brachten ihr kaufmännisches Know-how ein, von dem die Lizenzspielerabteilungen ihrer Vereine profitieren sollten (vgl. Havemann 2013, 131 et seq.).

Die Etats der großen bundesdeutschen Clubs befanden sich anders als die Etats des Bundes, der Länder und der Kommunen, die auf dem Höhepunkt des „Wirtschaftswunders“ in der Regel ohne die Aufnahme neuer Schulden auskamen, zumeist in einem katastrophalen Zustand. So stellte Ludwig Franz, Vorsitzender einer DFB-Kommission, die sich mit der Neuordnung der Spielklassen beschäftigte, im August 1957 fest, „dass es vielen Oberligavereinen, vor allem den Clubs der zweiten Ligen, wirtschaftlich nicht gut geht“ (Jens 1957, 3). Wenngleich es unter den deutschen Spitzenvereinen tatsächlich einige Beispiele wie Werder Bremen oder den 1. FC Köln gab, die sich um eine solide Finanzierung ihrer ersten Mannschaft bemühten, war Franz' Aussage insgesamt noch eine euphemistische Umschreibung der wirklichen Zustände. Gleichgültig, in welche Region man schaute: Überall waren die Vereine hochverschuldet, so dass sie sich nur mit finanziellen Hilfen ihrer Kommunen oder Landesregierungen über Wasser halten konnten. Um nur drei Fälle zu nennen: Der 1. FC Nürnberg kam in den 1950er Jahren wiederholt in Zahlungsverzug und war zur Verhinderung seiner Zahlungsunfähigkeit oft auf die Gnade des Nürnberger Stadtrates angewiesen (vgl. Havemann 2013, 101). Der FC Schalke 04 schloss von 1958 bis 1963 jedes Geschäftsjahr mit einem Verlust ab, so dass der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Hubert Scharley im Januar 1964 die Verbindlichkeiten des Vereins auf rund 600.000 DM schätzte (vgl. *Der Spiegel* 22. Januar 1964, 36) – das entsprach etwa 60 Prozent der damaligen offiziellen Jahreseinnahmen aus dem Verkauf der Tickets für die 15 Bundesliga-Heimspiele. Selbst der Öffentlichkeit blieb nicht verborgen, dass die Schalker auf das Wohlwollen der Stadt und die Stundung ihrer Steuerschulden angewiesen waren, um die drohende Insolvenz zu verhindern (vgl. *Der Spiegel* 22. Januar 1964, 36). Und der FSV Frankfurt war im Juli 1961 so klamm gewor-

den, dass er bei der zuständigen Oberfinanzdirektion darum betteln musste, sogar einen Teil der kassierten Umsatzsteuer einbehalten zu dürfen, die er eigentlich an den Staat abzuführen hatte (vgl. Havemann 2013, 60). Diese Beispiele illustrieren zugleich, wie die großen Vereine ihre chronischen Finanznöte in den Griff zu kommen versuchten: Sie erhielten entweder finanzielle Hilfen aus staatlichen Kassen und/oder stellten die Zahlung fälliger Steuern und Abgaben ein. Gerechtfertigt wurden solche finanziellen Geschenke ebenfalls mit moralischen Kategorien wie der Förderung des Amateursports, dem Ansporn für die Jugend oder auch nur der Gerechtigkeit unter den Bundesligisten selbst, von denen jeder darauf verweisen konnte, gegenüber den Konkurrenten benachteiligt zu werden, wenn er diese staatlichen Hilfen nicht erhalten sollte.

Ähnlich wie in der bundesdeutschen Volkswirtschaft hatte die staatliche Generosität verheerende Effekte. Niemand sah sich gezwungen, über Einsparungen nachzudenken und nach Wegen zu suchen, den teuren Profifußball ohne staatliche Hilfen zu finanzieren. Das Füllhorn der öffentlichen Zuwendungen stärkte die Bundesligisten in ihrer Verantwortungslosigkeit im Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen, so dass Anfang der 1970er Jahre die deutsche Eliteklasse längst bankrott war. Aus Gesprächen mit dem DFB zog das Bundesinnenministerium im Frühjahr 1971 den Schluss, dass sich lediglich drei oder vier der achtzehn Bundesligisten „in einer finanziell günstigen Lage“ befänden.³ Die Zahlungsfähigkeit „der meisten Vereine“ könne nur durch eine langfristige Kreditaufnahme auf vorhandene Sportanlagen oder Unterstützungen seitens der Kommunen aufrechterhalten werden. Gleichgültig, ob FC Schalke 04, Eintracht Frankfurt oder der FC Bayern München – sie alle hätten eigentlich den Gang zum Konkursrichter antreten müssen, wenn Länder und Gemeinden ihnen nicht immer wieder zur Seite gesprungen wären. Und angesichts der ausgeprägten Spendierfreude des Staates war es nicht verwunderlich, dass sich der finanzielle Leichtsinns der Vereine verstärkte und somit das Phänomen des „moral hazard“ zum Vorschein brachte (vgl. dazu u.a. Zweifel und Eisen 2012, 268 et seq.). Jedenfalls hieß es beim TSV 1860 München nach Erreichen der 975.000 DM-Schuldengrenze in fröhlich-ausgelassener Sorglosigkeit: „Liebe Kameraden! Es ist am besten, wir machen noch 25 000 DM Schulden dazu. Dann haben wir eine Million beieinander, und das merkt sich leichter“ (zitiert nach Grüne und Melchior 1999, 130).

Selbstverständlich kamen nicht, wie versprochen, die Amateure oder der Breitensport in den Genuss der horrenden Ausgaben, die sich die Bundesligisten leisteten. Die Bilanzen einzelner Vereine lassen darauf schließen, dass nicht einmal die vom DFB selbst angegebenen neun Prozent der Einnahmen aus dem Bundesligageschäft den Amateuren zugute kamen. Beim MSV Duisburg bean-

³ Dieses und das folgende Zitat Bundesarchiv (Koblenz), B 106, Nr. 130706, Gesprächsunterlage für die Besprechung mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen am 23.3.1971 über die Frage der Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Bundesliga-Vereine.

spruchten die Freizeitsportler im Wirtschaftsjahr 1971/72 weniger als fünf Prozent des Etats, und beim FC Schalke 04 lag dieser Wert im Kalenderjahr 1969 bei etwas über drei Prozent (vgl. hierzu und zum Folgenden Havemann 2013, 200 et seq.). Das Geld wanderte fast ausschließlich in die Taschen der Spieler und Trainer – was nur dann „gerecht“ gewesen wäre, wenn diese Einkünfte durch die regulären Einnahmen der Vereine aus dem Bundesligageschäft gedeckt gewesen wären. Stattdessen hinterließ diese Bundesliga-Generation in ihrer Maßlosigkeit verwüstete Vereinskassen – und damit indirekt auch verwüstete Staatskassen, aus denen ein beträchtlicher Teil ihrer Gehälter geflossen war.

Auf den ersten Blick könnte zumindest die Tatsache, dass die finanziellen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesligisten in den 1960er Jahren noch nicht so groß wie in der Gegenwart waren, für eine Rückkehr zu den „guten, alten Zeiten“ sprechen: Der DFB hatte anfänglich durchgesetzt, dass die Einnahmen aus der Vermarktung der Fernsehrechte und des Merchandising weitgehend gleichmäßig unter den Clubs verteilt wurden. Auf diesem Gebiet konnte also durchaus von einem Versuch gesprochen werden, über Umverteilung so etwas wie einen „sozialen Ausgleich“ in der Bundesliga zu organisieren. Aber das Resultat war in der Realität ziemlich ernüchternd und ein schlagender Beleg dafür, dass „sozialer Ausgleich“ – wenn er übertrieben wird – ähnlich wie in einer Volkswirtschaft lediglich Leistungsbereitschaft und Innovationsfreudigkeit einschläfert: Alle Bundesligisten blieben gleich arm. Der DFB sandte im Mai 1967 jedem Bundesligisten für die abgelaufene Spielzeit einen Verrechnungsscheck in Höhe von 3000 DM als Ergebnis der Merchandising-Aktivitäten zu.⁴ Dies war eine im Verhältnis zu den Ausgaben lächerlich kleine Summe, mit der beispielsweise der TSV 1860 München nicht einmal ein Drittel des Monatsgehaltes seines damaligen Trainers Max Merkel begleichen konnte.

Während es in der bundesrepublikanischen Volkswirtschaft die Ölkrise war, die Anfang der 1970er Jahre ein Umdenken bewirkte, so war es in der Bundesliga der Manipulationsskandal der Saison 1970/71, der viele Verantwortliche in den Vereinen und Verbänden allmählich zur Besinnung brachte. Die Affäre hatte nicht nur den Kauf von Spielergebnissen, sondern auch ein derartiges Ausmaß an Schattenwirtschaft zutage gefördert, dass es den Ahnungslosen die Sprache verschlug (vgl. hierzu und zum Folgenden Havemann 2013, 209 et seq.): subalterne Clubmitarbeiter, die mit Bargeld in Schwindel erregender Höhe durch die Republik fuhren, um es unter den Kickern zu verteilen; Boten, die mit den Banknoten in der Öffentlichkeit herumhantierten; Quittungen, die über die gezahlten Bestechungsgelder ausgestellt wurden; ausgelassene Partys und Besuche im Casino – man hatte sich nicht einmal mehr sonderlich Mühe gegeben, die Betrügereien geheim zu halten. Die verbreitete Anarchie, die hinsichtlich des Steuer- und Bilanzierungsrechtes in der Bundesliga zu be-

⁴ Vgl. Stadtarchiv Essen, 448-569, Gerhardt am 24.5.1967 an die Vereine der Bundesliga.

obachten war, spiegelte sich in der unverfrorenen Art wider, wie die Schieberen geplant und durchgeführt wurden. Im Umfeld einiger Täter hatten sich regelrechte Clanstrukturen ausgebildet: Ihre Mütter dienten bei den Manipulationen bisweilen als Mittlerinnen, Ehefrauen und Freundinnen wurden in Gespräche über verschobene Partien einbezogen, und selbst ein entfernter Stiefbruder, der nach Aufdeckung der Machenschaften den DFB zu erpressen und sein Wissen an einige Zeitungen zu verkaufen versuchte, war in pikante Details eingeweiht (vgl. Havemann 2013, 217 et seq.). Es offenbarte sich ein äußerst stabiles Gefühl straf- und zivilrechtlicher Immunität, das nicht innerhalb von wenigen Wochen in der Endphase der Saison 1970/71 gewachsen war.

Die kriminelle Energie, die in dem Verhalten jener Bundesliga-Generation zum Vorschein kam, wurde in der Erinnerung vieler Fans durch die herausragenden Erfolge überdeckt, die Vereine und Nationalmannschaft in jener Zeit feierten. Dabei wird übersehen, dass die lange sportliche Durststrecke, die der deutsche Fußball ab Mitte der 1970er Jahre zu durchleben hatte, ähnlich wie die wirtschaftliche Durststrecke der Bundesrepublik, auch auf die massive Unterstützung des Spitzenfußballs durch die öffentliche Hand zurückzuführen war: Sie hatte in der Bundesliga jegliche Dynamik bei der Entwicklung zukunftsweisender Konzepte zur kontinuierlichen Verbesserung der Ware Fußball erstickt.

4. Schluss: Der lange Weg zur Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesliga

In der Tat setzte durch den Schock des Bundesligaskandals ein neoliberaler Wandel in diesem Sport ein, der als ein staatlicher Teilrückzug aus der Finanzierung des bundesdeutschen Spitzenfußballs und als ein Prozess der Befreiung von staatlichen beziehungsweise verbandsrechtlichen Regulierungen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Vereine beschrieben werden kann. Gewiss ist der deutsche Berufsfußball der Gegenwart längst nicht frei von Verantwortungslosigkeiten bei der Bezahlung der Spieler und Manager. Vor allem mit Blick auf die finanzielle Nachhaltigkeit ist er weit davon entfernt, dem neoliberalen Prinzip der „accountability“ gerecht zu werden: Noch immer ist es den Spitzenvereinen nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Staaten möglich, mit einem Verschuldungsgrad zu operieren, dessen Folgen mittel- oder langfristig die Allgemeinheit zu tragen haben wird und zu Lasten der nachfolgenden Generationen geht. Doch die zahlreichen Reformen, die der Berufsfußball über mehrere Jahrzehnte erfuhr, haben zumindest zu einer Verbesserung der Lage beigetragen. Und wer sich die beschriebenen Verhältnisse in den Kindertagen der Bundesliga vor Augen führt und sich nicht von der nostalgischen Erinnerung an Doppelpässe, Fallrückzieher oder Flugkopfbälle betören lässt, wird die Vorteile eingestehen müssen, die durch die vermeintlich „hemmungslose“ Kommerzialisierung des Sports eingetreten sind.

Zunächst wurde die Lüge vom Amateurismus beendet, die noch bis Ende der 1960er Jahre mit den bizarrsten Phänomenen einherging (so durften die Spieler, die in der Bundesliga für ihren Verein, für ihre Fans, für die gesamte Stadt und Region um die höchste nationale Auszeichnung, die Deutsche Meisterschaft, kämpfen sollten, aus steuerrechtlichen Gründen keine Mitglieder des Vereins sein). Die offizielle Freigabe der Gehälter für die Profifußballer führte zwar zu einem erheblichen Sprung bei den Personalausgaben der Bundesligisten. Doch sie waren nun insofern zu vertreten, als durch die Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten auch die Einnahmen erheblich stiegen. Mögen die verschiedenen Formen von Werbung im Umfeld des Fußballs vielen Traditionalisten ein Dorn im Auge sein: Sie waren dringend notwendig, um die Spielergehälter zu bezahlen, die Anfang der 1970er Jahre mehr oder weniger direkt aus den öffentlichen Kassen bestritten wurden. Außerdem schufen völlig neue Formen des Sponsoring die Grundlage dafür, bessere Stadien zu bauen und die alten „Schüsseln“ abzureißen, in denen zuvor die Zuschauer erheblichen Sicherheitsrisiken ausgesetzt waren, bei schlechtem Wetter nass wurden und bisweilen ein Fernglas benötigten, um die Ereignisse auf dem Feld verfolgen zu können. Die konsequente Vermarktung der Fernsehrechte hat die finanziellen Spielräume selbst des „ärmsten“ Bundesligisten beträchtlich erhöht und jene Zeiten beendet, in denen an jedem Spieltag im Fernsehen allenfalls kurze Ausschnitte von ein paar Begegnungen gezeigt wurden. Zahlten Anfang der 1970er Jahre die Bundesligisten fast überhaupt keine Steuern mehr, so liegen sie gegenwärtig im hohen dreistelligen Millionenbereich pro Jahr. Gerade weil sie nun wieder über zu versteuernde Einkünfte verfügen, nahmen auch die steuerabzugsfähigen Förderungen für kulturelle und karitative Zwecke im Fußball zu – ein Betätigungsfeld, das Anfang der 1970er Jahre fast völlig brachgelegen hatte.

Vor allem aber haben die Liberalisierungen zu einer Tatsache geführt, die angesichts der gegenwärtigen Schlagzeilen über Korruption und Steuerhinterziehung im Fußball auf den ersten Blick nicht mehr als eine kühne Behauptung zu sein scheint: Die Rechtsbrüche haben deutlich abgenommen. Doch diese These ist allein schon deshalb richtig, weil sich die Bundesliga mit ihren Bilanzfälschungen, Steuerhinterziehungen und Spielmanipulationen in den 1960er Jahren in einem Zustand des permanenten institutionalisierten Rechtsbruches befand, den vor allem die Kommunen gefördert hatten. Gerade wegen der engen Verflechtungen zwischen den Städten und den Vereinen im ersten Jahrzehnt der Bundesliga wurden solche Delikte gar nicht mehr verfolgt, oder falls unabhängige Institutionen doch einmal zu ermitteln begannen, erhielten Spieler oder Vereine rechtzeitig diskrete Hinweise, damit entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden konnten. So hatten beispielsweise Mitglieder der Gelsenkirchener Stadtverwaltung dem FC Schalke 04 in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren bei finanziellen Manipulationen geholfen, die den Erfolg des lokalen Aushängeschildes garantieren sollten (Havemann 2013, 167).

Kommerz und die Verwirklichung neoliberaler Grundprinzipien sind also Voraussetzungen für einen Berufsfußball, der sich sportlich ständig verbessert und finanziell ohne staatliche Hilfen auskommt. Der Verzicht darauf wäre nur möglich, wenn entweder die Protagonisten einem erheblichen Teil ihrer Gehälter entsagen würden oder der Staat erneut mit Subventionen jene Lücken stopfen würde, die durch den Verzicht auf die Vermarktung der Ware Fußball entstünden. Die erste Option ist unrealistisch, die zweite Option ist angesichts wichtigerer Aufgaben, welche die öffentliche Hand zu stemmen hat, nicht gegenüber jenen Steuerzahlern zu rechtfertigen, die sich für diesen Sport nicht begeistern können. So bleibt den Fans, die sich gegen den „modernen Fußball“ auflehnen und sich nach den „guten, alten Zeiten“ zurücksehnen, nur noch ein Ausweg: Sie können sich vom Profifußball abwenden und ihre Identifikationsbedürfnisse bei den Kickern der unteren Amateurrklassen ausleben.

References

- Abelshauser, Werner. 1979. Von der Kohlenkrise zur Gründung der Ruhrkohle AG. In *Glück auf, Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland*, hg. v. Hans Mommsen und Ulrich Borsdorf, 415-43. Köln: Bund-Verlag.
- Braun, Sebastian, und Holger Backhaus-Maul. 2010. *Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. Eine sozialwissenschaftliche Sekundäranalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph, Bettina Lösch, und Ralf Ptak, Hg. 2008. *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Caner, Mehmet, Thomas Grennes, und Fritz Koehler-Geib. 2010. *Finding the tipping point – when sovereign debt turns bad*. Policy Research Working Paper Series 5391. The World Bank/Latin America and the Caribbean Region/Economic Policy Sector.
- Grüne, Hardy, und Claus Melchior. 1999. *Legenden in Weiß und Blau. 100 Jahre Fußballgeschichte eines Münchner Traditionsvereins*. Göttingen: Verlag Die Werkstatt.
- Havemann, Nils. 2013. *Samstags um halb 4. Die Geschichte der Fußballbundesliga*. München: Siedler.
- Hebenstreit, Stefan. 2011. Reclaim the Game. Inhalte und Orientierungen kritischer Fußball-Fanzines. In *Handbuch Alternativmedien 2011/2012. Printmedien, Freie Radios, Archive & Verlage in der BRD, Österreich und der Schweiz*, hg. v. Bernd Hüttner u.a., 98-107. Neu-Ulm: Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit.
- Hegner, Jan. 2000. *Alexander Rüstow: ordnungspolitische Konzeption und Einfluss auf das wirtschaftspolitische Leitbild der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Heusgen, Christoph. 1981. *Ludwig Erhards Lehre von der Sozialen Marktwirtschaft. Ursprünge, Kerngehalt, Wandlungen*. Bern: Haupt.
- Hockerts, Hans Günter. 1990. Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats. In *Zäsuren nach 1945*, hg. v. Martin Broszat, 35-46. München: Oldenbourg.

- Hockerts, Hans Günter. 2011. *Der deutsche Sozialstaat: Entfaltung und Gefährdung seit 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Klein, Josef. 1991. Kann man „Begriffe besetzen“? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, hg. v. Frank Liedtke, Martin Wengeler und Karin Böke, 44-69. Opladen: Westdt. Verlag.
- Koch, Daniel. 2014. *Wirksame Begrenzung von Staatsverschuldung. Unter Berücksichtigung (polit-)ökonomischer und ethischer Aspekte*. Hamburg: disserta Verlag.
- Mierzejewski, Alfred C. 2005. *Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft*. München: Pantheon Verlag.
- Morsey, Rudolf. 2007. *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Obinger, Herbert. 2004. *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schlecht, Otto Christian. 2005. Soziale Marktwirtschaft. In *Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Klaus Schubert, 340-5. Wiesbaden: V.S. Verlag.
- Solomon, Jill. 2007. *Corporate Governance and Accountability*. Chichester: John Wiley & Sons.
- Starbatty, Joachim. 1996. Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: ein Literaturbericht. In *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung. Bewertungen und Ausblicke. Eine Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard*, hg. v. Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., 63-98. Düsseldorf: ST Verlag.
- Wellisch, Dietmar. 2014. *Finanzwissenschaft III. Staatsverschuldung*. München: Vahlen.
- Wolfrum, Edgar. 2005. *Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wünsche, Horst-Friedrich. 1986. *Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als politische Ökonomie*. Stuttgart: Bonn Aktuell.
- Zweifel, Peter, und Roland Eisen. 2012. *Insurance Economics*. Berlin und Heidelberg: Springer-Verlag.